



Wartburg-Kurier

Reformationstag 2019

Zum Geleit



Liebe Leserinnen und Leser,

es ist Herbst. Zeit der Ernte, Zeit der Farben, Zeit der Stürme. Vielfältige Assoziationen verbinden sich mit dieser Jahreszeit: die täglich früher einsetzende Dämmerung, die Unwirtlichkeit draußen, die uns in den eigenen vier Wänden festhält. Mancher nutzt die Zeit, um über sein Leben nachzusinnen. Der kommende Winter wirft uns mit Schnee und Kälte noch stärker auf uns zurück. Danach aber beginnt eine neue Zeit des Wachsens und Werdens.

Im kirchlichen Jahreskreis begegnet uns im Herbst der Kampf der Engel mit Satan. Am 29. September feierten die Westkirchen den Michaelistag, die Ostkirche begeht das Fest des Heiligen Michael am 8. November. Der Erzengel schützt uns in der dunklen Zeit und begleitet uns als starker Widersacher des lauernden Bösen in neues Licht. Im Volksglau-

ben vergangener Jahrhunderte war diese Vorstellung fest verwurzelt.

Heute brauchen wir scheinbar Dunkelheit und Kälte nicht zu fürchten. Wir können es an allen Tagen hell und warm haben und leisten uns diesen Luxus auch jenseits aller Sorgen um den Klimaschutz und die künftigen Lebensgrundlagen auf unserem Globus. Natürlich wissen wir, wie wichtig sparsamer Ressourcenverbrauch ist und wir entwickeln Technologien zur regenerativen Energiegewinnung zielstrebig weiter, suchen nach neuen, immer effektiveren Verfahren. Schaut man zurück, stellt man fest, dass dies der Menschheit in den letzten Jahrzehntausenden immer wieder gelungen ist. Jeder prognostizierte Untergang konnte bislang abgewendet werden. Ich bin überzeugt, dass das auch für unsere Zukunft gilt. **Freilich ist es wichtig ein Bewusstsein für diese Fragen zu entwickeln. Die aktuelle Klimadebatte tut uns gut.**



Thüringen geht in einen „heißen Herbst“. Das ist nicht die Folge des Klimawandels. Nach Kommunal-

und Europawahlen im Frühjahr folgen die Landtagswahlen Ende Oktober. Von den Wählerinnen und Wählern wird über nicht weniger entschieden, als darüber, wer in den kommenden fünf Jahren die Richtlinien der Politik im Freistaat bestimmen soll. Es gibt viele gute Gründe dafür, dass die Thüringer Union dabei wieder einen gestalterischen Part übernehmen sollte. Es geht nicht darum, was gut oder schlecht war in der jüngeren Vergangenheit, es geht darum, wer die besseren Zukunftsprojekte hat.



„Thüringen: Heimat mit Zukunft. #Aufbruch2019“ ist das Wahlprogramm der CDU Thüringen überschieden. Es vermittelt ein gerütteltes Maß an klar umrissenen Zielen und es schafft den Spagat zwischen der Bewahrung des Bewährten und zukunftsweisenden Ideen insbesondere bei Bildung und Wissenschaft, innerer Sicherheit und ausgewogener Entwicklung in Stadt und Land.

(Fortsetzung auf Seite 2)

Inhalt dieser Ausgabe:

Dr. Gottfried Müller zum Fünfundachzigsten	2	Auftakt für Veränderung:	
Veranstaltung:		Erinnerungen an den Brief aus Weimar	10
40 Jahre getrennt – 30 Jahre vereint: Wie die deutsche		Wir über uns – Der EAK Thüringen	12
Einheit Europa ein neues Gesicht verlieh	3	Wir sagen JA zum „C“	13
Gemeinsame Erklärung: EAK Bayern und Thüringen	4	Unheilige Ignoranz: Das Kirchenpapier der AFD –	
Redebeiträge:		ein Angriff gegen die Nächstenliebe	15
Christine Lieberknecht MdL	6	Impressum und Kontakt	16
Michael Heym MdL	8	Buchtipps: Würde oder Willkür – Theologische und phi-	
Christian Schmidt MdB	8	losophische Voraussetzungen des Grundgesetzes	17

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Wahlen in unseren Nachbarländern Sachsen und Brandenburg haben gezeigt, dass die Wahlbeteiligung wieder stark zunimmt, davon aber vor allem eine Partei profitiert, die sich schon im Namen als Alternative zu allem anbietet, was Menschen ärgert, beunruhigt oder einfach nur stört. Sie hat unter dem

Titel „Unheilige Allianz – Der Pakt der evangelischen Kirche mit dem Zeitgeist“ ein Papier veröffentlicht, das durchaus auch diskussionswürdige Thesen behandelt, aber den Blick auf das Wesen der Kirche, die Gemeinschaft der Gläubigen, vollständig ausblendet.

Mehr dazu finden Sie im Heft, ebenso wie Berichte über unsere

Arbeit im Wahljahr und warum die Christen in der CDU immer noch stolz auf ihr „C“ sind. Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre.

Mit herzlichen Grüßen

**Ihr
Prof. Dr. Jens Goebel**

Dr. Gottfried Müller zum Fünfundachzigsten

Am 16. August 2019 vollendete der erste gewählte Präsident des Thüringer Landtags nach der Wiedervereinigung, Dr. Gottfried Müller, sein 85. Lebensjahr. Der Thüringer EAK überbrachte Glück- und Segenswünsche.



Dr. Müller blickt auf ein erfülltes Leben im Dienst seiner Mitmenschen als Theologe, Gemeindepfarrer, langjähriger Chefredakteur der Wochenzeitung „Glaube und Heimat“ von 1981 bis 1990 und prominenter Landespolitiker für unseren Freistaat zurück. Er war Initiator und Hauptautor des „Briefes aus Weimar“, der eine demokratische Erneuerung der DDR-CDU anmahnte, breite Verbreitung fand und dazu beitrug, die Friedliche Revolution auf den Weg zu bringen. In der Regierung von Lothar de Maizière war er Minister für Medienpolitik

Im Herbst 1991 gab er entscheidende Impulse für die Gründung des Evangelischen Arbeitskreises in Thüringen und gehörte einige Jahre seinem Vorstand an. Dr. Müller dankte den Gratulanten mit einer Karikatur (die hier abgebildet ist) und einem

Fontane-Gedicht. Der EAK wünscht Dr. Müller noch viele erfüllte Lebensjahre.

Wir sind dankbar, ihn zu den Autoren des Wartburg-Kuriers zählen zu dürfen und freuen uns auf weitere Beiträge.

Der Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises in Thüringen

Vorsitzender: Prof. Dr. Jens Goebel (Schmalkalden)

Stellvertreter: Hildigund Neubert (Limlingerode), Volker Heerdegen (Apolda)

Beisitzer: Dr. Detlef Baer (Erfurt), Tillmann Bauer (Erfurt), Dr. Ulrich Born (Ilmenau), Dr. Karl-Eckhard Hahn (Stotternheim), Hans-Steffen Herbst (Königsee), Gudrun Holbe (Artern), Jörg Kellner (Zimmernsupra), Christian Klein (Gera), Dr. Thomas Knoll (Erfurt) und Johannes Selle (Sondershausen)

40 Jahre getrennt – 30 Jahre vereint: Wie die deutsche Einheit Europa ein neues Gesicht verlieh

Treffen der Evangelischen Arbeitskreise der CSU und der CDU Thüringen am ehemaligen Grenzübergang Eußenhausen/Meiningen

von Fred Rautenberg, Mitarbeiter des Streutal-Journals Mellrichstadt

Dass sich jetzt die Veranstaltungen häufen, in denen der damaligen, dramatischen Grenzöffnung zur DDR gedacht wird, ist nicht verwunderlich. 30 Jahre werden mit dem 9. November vergangen sein, seit dieses historische, die deutsche Geschichte revolutionierende Ereignis stattgefunden hatte. Schon im Vorfeld zu diesem Jahrestag gedenken viele politische oder politisch interessierte Organisationen der damaligen Ereignisse und ihrer Folgen.

Am vergangenen Samstag (21.09.19) haben auch die Evangelischen Arbeitskreise von Thüringen und von Bayern (EAK, beides Unterorganisationen der CDU Thüringen bzw. der CSU) eine gemeinsame und öffentliche Landesvorstandssitzung abgehalten. Der Ort der Veranstaltung war das Jagd-schloss Fasanerie bei Hermannsfeld im thüringischen Nachbarlandkreis Schmalkalden-Meiningen sowie, mit einem Ortswechsel, die Skulpturen-Gedenkstätte beim ehemaligen Grenzübergang Eußenhausen-Meiningen. „40 Jahre getrennt – 30 Jahre vereint“ hatten die Veranstalter das Treffen genannt, zu dem die Vorsitzenden Christian Schmidt (EAK Bayern) und Prof. Dr. Jens Goebel (EAK Thüringen) eingeladen hatten.



Blick in die Veranstaltung

Viele Gäste waren der Einladung gefolgt. So waren denn u. a. auch mit dem Mellrichstädter CSU-Ortsverbands-Vorsitzenden Bernhard Ledermann und dem Ehepaar Elvira und Ulrich Bergner einige Bürger aus Mellrichstadt gekommen. Landrat Thomas Habermann von der CSU war primär in seiner Funktion als Landrat dabei, als direkter Partner der Landrätin Peggy Greiser vom Landkreis Schmalkalden-Meiningen. Mit dieser waren andere prominente Politiker aus Thüringen der Einladung gefolgt: der thüringische Landtagsabgeordnete Michael Heym und die Ministerpräsidentin a. D. und MdL Christine Lieberknecht. Mit Dr. Detlef Baer, Dr. Ulrich Born und Dr. Thomas Knoll waren mehrere Mitglieder des Landesvorstands des EAK Thüringen anwesend; letzterer hatte auch die organisatorische Leitung. Das unkompliziert-freundschaftliche Verhältnis der beiden Schwesterorganisationen über die Landesgrenze hinweg wurde auch durch die Teilnahme des stellvertretenden Landesvorsitzenden des EAK Bayern Dr. Philipp Hildmann und des Bezirksvorsitzenden des EAK Mittelfranken Jürgen Hopf deutlich.

Thomas Knoll begrüßte die Gäste zunächst, nannte dann aber auch die Ziele, die mit dieser Gedenkveranstaltung verfolgt werden sollten: Mit dem Gedenken der „friedlichen Revolution“, die 1989 in der DDR stattgefunden hatte, sollte auch eine „Gemeinsame Erklärung“ der beiden EAK-Landesverbände abgegeben werden. Im Nachklang sollte an der „Goldenen Brücke“ auf der Schanz eine Gedenktafel angebracht wer-

den, die an dieses Treffen am 21. September erinnert.

Der Thüringer Landtagsabgeordnete Michael Heym erinnerte in seinem Grußwort an den „Gesinnungsmief“, der einst in der DDR geherrscht und von dem er nie geglaubt hatte, dass er jemals verschwinden könnte. Doch das Regime der SED sei „wie ein Kartenhaus zusammengefallen“. Dass aus Bayern damals so wirkungsvolle Hilfe bei der Umstellung auf das neue Thüringen gekommen sei, erfülle ihn mit Dank.



Der Südthüringer Landtagsabgeordnete Michael Heym

Christine Lieberknecht schloss sich mit einem temperamentvollen Vortrag an. Die Ereignisse von 1989 bezeichnete sie als ein Wunder. Aber lange zuvor schon sei das Wunder geistig vorbereitet worden. Mit der Unterstützung der polnischen Freiheitsbewegung durch den damaligen Papst Johannes Paul II. habe es angefangen, Friedensgebete habe es schon in den 1980-er Jahren gegeben. Oppositionelle Bürgergruppen hatten nachgewiesen, dass die Kommunalwahlen im Mai 1989 gefälscht waren, und konnten das in der ganzen DDR bekannt machen. Folgen: ein „Entfremdungsschub“ in der Bevölkerung“ und ein „Mobilisierungsschub“, verbunden mit einer

immer größer werdenden Ausreisewelle von Bürgern aus der DDR. Informations- und Reisefreiheit wurden gefordert, die Ost-CDU besann sich auf ihre demokratischen Wurzeln, Aktionsverbände wie das „Neue Forum“ wurden gegründet, trotz der Angst, dass die Mitglieder Repressalien des Stasi-Staats befürchten mussten. Dass dann am 9. November in Berlin die Mauer fiel, war für Frau Lieberknecht „etwas, das zum Positivsten in der deutschen Geschichte zählt“. Das dürfe nicht kleingeredet werden, auch nicht von solchen Leuten im Westen, die die DDR schon akzeptiert und längst den Wunsch auf Wiedervereinigung aufgegeben hatten.



Christine Lieberknecht

Frau Lieberknecht müsse man für ihren Vortrag eine „Liebeserklärung aussprechen“, schloss sich Christian Schmidt mit seinen Gedanken zum selben Thema an. Auch er wandte sich gegen „Geschichtsklitterung“, als sei der Zusammenbruch der DDR im nächsten Fünf-Jahresplan so vorgesehen gewesen. Auch in Polen und Ungarn habe es Bewegungen zur Freiheit hingegeben. Ein Akt von mehr als nur Symbolgehalt war, als zwischen Ungarn und Österreich der Grenzzaun aufgeschnitten wurde. Viele, die nicht in Grenznähe zur DDR in Deutschland wohnten, hätten die DDR eher als ein „unbekanntes Land“ und den ganzen Ostblock als „terra incognita“ angesehen. Ausschlaggebend für den großen Wandel sei der ökonomische Zusammenbruch der Sowjetunion gewesen. Politiker wie Helmut Kohl hatten die Gunst der Stunde erkannt und genutzt. Die



Gemeinsame Erklärung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen und des Evangelischen Arbeitskreises der CSU vom 21. September 2019

Am Vorabend ihres 30. Jahrestages denken wir, der Evangelische Arbeitskreis der CSU und der Evangelische Arbeitskreis der CDU Thüringen, an der Landesgrenze Bayern/Thüringen dankbar an die Friedliche Revolution in der damaligen DDR.

Nach dem Abbau des Grenzzaunes im Mai 1989 und dem Paneuropäischen Picknick im August 1989 wurde die Grenze zwischen Ungarn und Österreich durchlässig. Der erste Stein wurde damit aus dem Eisernen Vorhang gebrochen. In der DDR versammelten sich mutige Menschen, um in den Kirchen für Veränderungen zu beten. Mit dem Ruf „Wir sind das Volk“ und Kerzen in den Händen gingen sie für Freiheit und Demokratie auf die Straße. Der „Brief aus Weimar“ rief zur Reform innerhalb der CDU auf und verlangte, sich für Veränderungen in der DDR einzusetzen. Am 9. November 1989 fiel die Mauer – wir Deutsche lagen uns vor Freude in den Armen. Der Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und Vorsitzende der CDU Deutschlands, Dr. Helmut Kohl, griff den Ruf der Deutschen in der DDR nach Freiheit auf und führte ihn politisch zum Ziel der deutschen Einheit („Wir sind ein Volk“). Deutschland ist seit dem 3. Oktober 1990 wiedervereint in Frieden und Freiheit, wirtschaftlich stark, mitten in Europa von Freunden umgeben – das ist ein Gottesgeschenk. Daran wollen wir immer wieder denken und dafür dankbar sein.

CDU und CSU sind die Parteien der deutschen Einheit. Sie haben standhaft an diesem Ziel festgehalten, während andere die deutsche Einheit aufgegeben oder abgelehnt haben und bis heute versuchen, sie durch Spalterdebatten zu diskreditieren. Von links werden Ursachen und Wirkungen verwechselt – die wiedernatürliche Teilung unseres Volkes und die SED-Misswirtschaft bildeten in den neuen Ländern die Ausgangslage im Jahr 1990. Von rechts wird einem neuen Nationalismus das Wort geredet und von einer „Wende 2.0“ fabuliert – das diskreditiert alle, die unter Inkaufnahme persönlicher Nachteile für Freiheit und Recht und Einheit auf die Straße gingen.

Thüringen hat sich seit 1990 – mit Unterstützung aus und in guter Nachbarschaft zu Bayern – zu einem blühenden Land in der Mitte Deutschlands entwickelt. Wir sind dafür dankbar und wollen weiter daran arbeiten, dass es den Platz in Deutschland einnimmt, den es ohne Teilung und SED-Herrschaft in Deutschland hätte – in der Spitzengruppe der deutschen Länder. Dafür setzen wir uns gemeinsam im Evangelischen Arbeitskreis der CDU und CSU, in Bayern und in Thüringen ein: Für eine friedliches Europa, für unsere Heimat ohne Grenzen.

**Hermannsfeld / ehemaliger Grenzübergang Eußenhausen / Meiningen
21. September 2019**

Rolle der Kirchen dürfe man bei dem Prozess aber nicht unterschätzen. Und man dürfe auch nicht vergessen, dass das Spitzelsystem der DDR beim Einzelnen tiefe seelische Verletzungen hervorgerufen hatte, wenn z. B. der eigene Ehemann seine politisch engagierte Frau bespitzelte. Über dieses Unrechtssystem müsste jetzt verstärkt Aufklärungsarbeit geleistet werden, auch darüber, mit welcher „Begabung“ manche Politiker der DDR ihre politische Vergangenheit „weggebürstet“ haben und doch nicht verleugnen können, aus welcher SED-Prägung sie kommen.

Heute müssten sich die demokratischen Parteien dagegen wehren, dass rechtspopulistische Kräfte die deutschen Farben Schwarz, Rot und Gold für sich usurpieren. All denen aber, die sich damals auf allen Ebenen gegen das DDR-Regime engagiert haben, zollte Schmidt großen Respekt.

Dr. Knoll las dann den Text der gemeinsamen Erklärung vor, der den Anwesenden auch in gedruckter Form vorlag (Siehe im Kasten). Er forderte dann die Teilnehmer zu einer Stellungnahme dazu auf. Bernhard Ledermann sah in der

Wiedervereinigung einen Gewinn für uns alle, was noch viel stärker hervorgehoben werden sollte. Ulrich Bergner plädierte dafür, dass die unseligen Wachtürme an der ehemaligen innerdeutschen Grenze nicht abgebaut, sondern als Mahnmale für die Zukunft stehen bleiben sollten.

Landrat Thomas Habermann nahm ausführlich Stellung zu der ganzen Thematik. Er griff ein kritisch gemeintes Wort aus der Rede von Frau Lieberknecht auf: „Wir Deutsche können uns (angeblich) nach Nationalsozialismus und Auschwitz keine positive Geschichte mehr erlauben.“ Die deutsche Wiedervereinigung und der Zusammenbruch der DDR beweise das Gegenteil. Viele hatten damals den Glauben daran aufgegeben; Parteien wie die CSU und die CDU waren es, die daran festhielten. Wir an der Grenze wohnenden Westbürger hätten die Wiedervereinigung als ein ungeheuer erfreuliches Ereignis erlebt. Seither seien wieder historische Verbindungen aufgenommen worden zu dem, was vor der deutschen Teilung ein zusammenhängender Wirtschafts-, Kultur- und Lebensraum gewesen war.

Christian Schmidt warnte davor, dass in der DDR geschehene Unrecht zu verharmlosen. Es sei bedenklich, wenn die Aufklärungsarbeit über das Stasi- Foltergefängnis

in Berlin-Hohenschönhausen behindert wird. Wir müssen uns bewusst dafür einsetzen, dass die Erinnerung daran wachgehalten wird, auch innerhalb der CDU und CSU. Mit dem einstigen Staatssekretär im Innenministerium Eduard Lintner warb Schmidt dafür, zu einer „Definition eines positiven Nationalbewusstseins“ zu finden.



Christian Schmidt

Nach einer nicht allzu langen Pause bewegten sich die Sitzungsteilnehmer hinauf zur Schanz. Dort begrüßte Dr. Knoll noch einmal alle Teilnehmer, zusätzlich die Landrätin von Schmalkalden-Meiningen Peggy Greiser und den Aktionskünstler Herbert (Jimmy) Fell, der dort viele der Erinnerungsskulpturen, so auch die „Goldene Brücke“ angebracht hatte. In verschiedenen Statements von Thomas Knoll, Peggy Greiser, Thomas Habermann, dem Landtagsabgeordneten Heym, und von Herbert Fell wurde noch das Verdienst der damaligen DDR-Bürger gewürdigt, die sich gegen DDR-Unrecht aufgelehnt hatten. Zum Ausdruck kamen auch die Freude und der Dank, dass der his-

torisch-einheitliche Raum hier zwischen Thüringen und Bayern jetzt wieder zusammenwachsen kann. Dazu hatte auch der verstorbene Landrat von Rhön-Grabfeld Dr. Fritz Seigerwald viel beigetragen.

Christine Lieberknecht begründete das Gedenken an diesem Ort mit den Worten „Zukunft braucht Herkunft“ und „das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit.“ Das Geheimnis der Freiheit aber sei der Mut. Freiheit und Mut ließen sich nicht auf ewig unterdrücken. Das hätten die Bürger der damaligen DDR bewiesen. Er sei noch nie hier auf der Schanz gewesen, bekannte Christian Schmidt. Er wünschte sich, dass hier viele Reisende und ganze Schulklassen den Ort besuchten und sich erklären ließen, was all die Skulpturen bedeuteten. Das nahm dann „Jimmy“ Fell als der Schöpfer der vielen Skulpturen kenntnisreich für die Anwesenden vor.

Dr. Knoll befestigte schließlich, assistiert von Christian Schmidt und Frau Lieberknecht, die mitgebrachte Erinnerungstafel an der Goldenen Brücke, neben dem Schriftzug, der auf Goldgrund an den Kanzler der deutschen Einheit Helmut Kohl erinnerte. Gemeinsam sangen die Teilnehmer dann das Deutschlandlied und „Nun danket alle Gott“, womit die Feierstunde ausklang.



Anbringen einer Erinnerungstafel an der Goldenen Brücke durch Vertreter der EAK-Landesvorstände Bayern und Thüringen

Deswegen finde ich es so wichtig, an diesen Herbst 1989 zu erinnern, Gott zu danken aber auch zu wissen, es ging durch Menschenhand

Aus der Rede von Christine Lieberknecht MdL, Ministerpräsidentin a. D. und stellvertretende Bundesvorsitzende des EAK der CDU und CSU

Das große Wunder von 1989, diese Friedliche Revolution und dieser friedliche Fall der Mauer waren ein Wunder – Gott sei Dank. Das hat für uns auch eine christlich-religiöse Dimension, und es ging durch unsere Hände. Es ging durch unsere Angst, es ging aber auch durch unseren Mut, durch alles was uns 1989 bewegt hat. Es stand am Anfang, lange vor 1989, eine im Grunde geistliche und kirchliche Vorbereitung im besten ökumenischen Sinne. Für mich ist immer ganz entscheidend der Anfang der achtziger Jahre: Karol Wojtyła, Papst Johannes Paul II., mit seinem Satz „Habt keine Angst“, den er damals den Demonstranten von Solidarność zurief. Dann der evangelische Teil, der begonnen hat mit dem Friedensgebeten in der Leipziger Nikolaikirche, aber auch an vielen anderen Stellen – auch über Jahre eingeübt: Matthäus 18 „Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind“. Der kleine Kern, die kleine Gemeinschaft, die sich zusammenfand, wo gebetet wurde für Menschen, von denen man wusste, dass sie aus politischen Gründen inhaftiert sind. Wo man auch um Frieden gebetet hat in Zeiten der Aufrüstung und man nicht wusste, wie es ausgehen wird. Und dann kommt das Jahr 1989. Da möchte ich jetzt nicht einfach nur vom Fall der Mauer und über die Friedliche Revolution sprechen, sondern ich glaube, es ist ganz wichtig – und für mich war das auch nochmal ein Lernprozess, obwohl ich ja selber Zeitzeugin bin – darüber zu sprechen: Was hat eigentlich das Jahr 1989 so möglich gemacht mit diesem Herbst. Da gibt es einige Facetten und die will ich gerne nochmal in Erinnerung rufen, auch im Blick auf manches, was wir heute tun können, wo wir auch heute Mut brauchen, wo wir uns nicht entmutigen lassen dürfen.



Dieses „Wo zwei oder drei in meinem Namen versammelt sind“, so fing es an. Dann kam diese nachgewiesene Fälschung und da kam es zum ersten Mal am Abend des 7. Mai dazu, dass Beobachter der Stimmenausschüttung von kirchlichen Gruppen auf den

Alten Markt in Leipzig gingen und von den Wahlfälschungen erzählten und sich ganz normale Bürger dazugesellten, die die Zivilcourage dazu hatten. So kamen am Abend des 7. Mai in Leipzig 1.500 Demonstranten zusammen, die brutal auseinandergetrieben



wurden und wo es über 200 Verhaftungen gab. Dann wurde peinlichst bewacht, denn montags war das Friedensgebet.

Trotzdem gingen

die Menschen weiter hin, und von da an war das Thema „Wahlfälschung“ ein Thema, bei dem nicht nur die Oppositionsgruppen sagten, das geht so nicht, sondern zunehmend auch ganz normale Bürger.

Dazu kam eine Ausreisewelle, die schon Anfang 1989 da war – bis zum 7. Mai 700 Leute, die in den Botschaften saßen. Das waren in einem Quartal mehr als im ganzen Jahr 1984 beispielsweise. Botschaftsflüchtlinge gab es immer, aber das wurde nie kommuniziert, sondern man wusste es immer nur unter vorgehaltener Hand. Das nahm rasant zu und insgesamt kam zu dem Bewusstsein, das man partizipieren wollte, ein Entfremdungsschub hinzu. Ein weiterer Entfremdungsschub weg von diesem bornierten Staat, der zu einem Mobilisierungsschub führte. Oppositionsgruppen verbündeten sich mit dem ganz normalen Volk und auch den Ausreisewilligen. Aus dieser ganzen Mischung in Verbindung mit den Geschehnissen in der Sowjetunion, in Polen und in Ungarn entstand im Inneren ein Schub, der über den September und Oktober bis hin zum November 1989 den Mauerfall möglich machte.

...

Ich selber bin mit drei anderen aus dem kirchlichen Bereich, mit Gottfried Müller, damals Chefredakteur von „Glaube und Heimat“, unter Lothar de Maizière Medienminister, dann unser erster Landtagspräsident, mit Oberkirchenrat Martin Kirchner, der sich dann leider auch als Mitarbeiter der Staatssicherheit entpuppte – das gab es bei allen neuen Gruppen – und mit der Synodalen Martina Huhn aktiv geworden. Wir hatten aus dem Gefühl, dass es so nicht weitergehen konnte, dass wir als CDU gleichgeschaltet waren, den Antrieb, dass wir als Partei Verantwortung über-

nehmen müssen, dass wir das alles nicht so laufen lassen können.

...

Es stand auf Messers Schneide. Es gab die Drohung eines ZK-Mitglieds der SED, China ist nicht so weit weg, wie es geografisch aussieht. Es gab also nicht nur den positiven Aufbruch mit Gorbatschow in der Sowjetunion, sondern es gab auch die Restauration durch Mord und Panzer mit hunderten von Toten auf dem Platz des himmlischen Friedens. In dieser Spannung waren wir: Du gehst einen Schritt und egal was passiert, Du kannst nicht mehr zurück.



...

Deswegen finde ich es so wichtig, an diesen Herbst 1989 zu erinnern, Gott zu danken aber auch zu wissen, es ging durch Menschenhand.

Nachdem es in Leipzig friedlich geblieben ist – das war wirklich ein Wunder, dass die Panzer nicht rollten – hat es die Gesamtsituation dann möglich gemacht, dass es offene Veranstaltungen gab, bei denen sich die verschiedenen Gruppen vorstellten, also das Neue Forum, Demokratie jetzt, die SDP, auch die LDPD – da kam die Veränderung durch den Parteichef Gerlach von oben – und auch die CDU. So bin ich dann eingeladen gewesen und habe die CDU vorgestellt. Am 9. November haben wir in Berlin tatsächlich dann unseren ersten Reformkongress durchgeführt. Gottfried Müller hatte den Brief aus Weimar der Parteiführung übergeben, damit sie wusste, was wir wollen und wozu wir die Basis aufrufen, was wir an die ganzen 234 Kreissekretariate, wie es damals hieß, verschickt haben und auch der Presse vorstellen konnten bei einer Synode in Eisenach, so dass es auch in die Westmedien kam. Dann kam die Parteiführung auf die Idee, ihre Ladas und Moskwitschs, die sie hatten, an die ganzen Kreissekretariate in den Bezirken fahren zu lassen, um den Brief wieder einzusammeln. Manche sind dann erst auf die Idee gekommen, das mit dem Brief könnte ja etwas sein, was man mal genauer lesen sollte. Und dann fing es an, dass sich der Brief verbreitete wie ein Lauffeuer.

...

Und deswegen finde ich es eine unglaubliche Geschichte, eine Geschichte, die zum Positivsten gehört, was unserem Volk über lange Zeit gelungen ist, eine gelungene Freiheitsgeschichte. Und da sage ich: Die dürfen wir uns nicht kaputtreden lassen. Es ist eine positive Geschichte, ein Narrativ von einem wirklich siegreichen Freiheitswillen. Natürlich war es nicht allein die Bürgerbewegung in der DDR. Wir brauchten das richtige Umfeld, und zwar Gorbatschow in der Sowjetunion. Aber dass man jetzt dabei ist, das nach 30 Jahren irgendwie kleinzureden, irgendwie überlagern zu wollen mit den Transformationsschwierigkeiten, die es natürlich in einem Transformationsprozess gibt, das hat leider etwas damit zu tun – ich will keine pauschale 68er-Kritik betreiben – dass es sich über die Jahre eingeschliffen hat, nach Auschwitz, nach dem Nationalsozialismus dürfe es kein positives Narrativ mehr über dieses Volk geben.

...

Deswegen finde ich es so wichtig, an diesen Herbst 1989 zu erinnern, Gott zu danken aber auch zu wissen, es ging durch Menschenhand. Und an diese Menschen darf man erinnern und das habe ich lange Zeit in einer anderen Ehrenamtsfunktion getan als Präsidentin des Kuratoriums Deutsche Einheit. Wir haben wirklich staatspolitische Leistungen, aber auch Leistungen der Bürgerrechtsbewegung gewürdigt mit dem sehr anerkannten Point-Alpha-Preis und werden das auch weiter tun für Deutschland und Europa. Der Herbst 1989 war auch in eine europäische Bewegung eingebettet und ich kann nur sagen: Für mich stand ein politischer Werdegang nie auf meiner Agenda als Pfarrerskind in der DDR, und was ich auch die letzten 30 Jahre erlebt habe mit Glück und ganz viel Fügung, das hat sicher nicht jeder erleben können. Aber ich glaube, wenn man objektiv durchs Land geht: Es gibt kein anderes



Land weltweit, wo ein so friedlicher Einigungsprozess stattgefunden hat, mit so viel Solidarität zwischen Menschen, den

Menschen in ehemals Ost und ehemals West, zwischen Bayern und Thüringen, aber auch mit den Hessen und den Rheinland-Pfälzern, die alle bei uns aufgebaut haben. Aber eben auch ganz besonders in Südthüringen mit den Franken wie hier in der Rhön, mit der bayerischen selbstlosen zupackenden und aus einem tiefen Wertegefühl und auch tiefer nationaler Verbundenheit geprägten Wirken.

* * *

Als ich das erste Mal die Alpen gesehen habe und mir die Tränen gelaufen sind, weil ich nicht gedacht habe, dass das jemals möglich sein wird ...

Aus der Rede des Thüringer Landtagsabgeordneten Michael Heym (Wahlkreis 12, Schmalkalden-Meiningen I)

Dieses Jubiläum verbindet jeder mit ganz persönlichen Gedanken, es gäbe viel zu sagen, abendfüllende Geschichten könnten erzählt werden und ich will aus meiner Sicht sagen: Ich bin auch heute noch unendlich dankbar und ich bedaure eigentlich, dass wir nun inzwischen schon eine Generation weiter sind, die diese Situation



gar nicht live erlebt hat. Ich habe es mit meinen Kindern in den letzten Wochen mehrfach angesprochen, weil es immer wieder mal einen Anlass gab und man hat erzählt wie das zu DDR Zeiten hier bei uns war, dieser Gesinnungsmief, unter dem alle gelitten haben, der dann auf einmal weg war.



Ich kann mich erinnern, als ich das erste Mal die Alpen gesehen habe und mir die Tränen gelaufen sind, weil ich nicht gedacht habe, dass das jemals möglich sein wird. Noch ein Jahr davor habe ich erlebt, dass meine Mutter den 50. Geburtstag ihrer Schwester im Saarland nicht mitfeiern durfte, weil die Oberen gesagt haben „du fährst da nicht hin“. Und dann auf einmal fällt alles zusammen wie ein Kartenhaus. Viele haben daran ihren Anteil und an uns ist es wahrlich, immer wieder daran zu erinnern und das auch zu würdigen.

Deshalb freue ich mich, dass so viele – bitte nicht falsch verstehen – Grenzgänger da sind, wenn ich an Thomas Habermann denke, der in den ersten Jahren in Meiningen in der Gerichtsbarkeit gearbeitet hat als Richter. Wenn ich Birgit Buck sehe, die hier ganz in der Nähe wohnt und als bayerische Beamtin Lehrerin an einer Schule ist. Wie hier die Region zusammengewachsen ist, das erfreut mich und man muss immer wieder denen sagen, die jetzt alles so mies reden, dass das alles nicht gerechtfertigt ist.

Schaut Euch die Dörfer an! Ich bin in den letzten Tagen und Wochen viel unterwegs gewesen, um Plakate aufzuhängen, und man kann nur staunen, wie sich das alles entwickelt hat. Und wir haben allen Grund dankbar zu sein – für den Mauerfall, aber auch für all die Hilfe, die wir erhalten haben von der bayerischen Seite, denn hier ist nicht nur viel materielle Unterstützung, sondern gerade auch Aufbauhilfe von den Verantwortlichen der bayerischen Seite für uns geleistet worden.

* * *

Es waren einzig und allein die Menschen in der ehemaligen DDR, die den Grundstein für die deutsche Einheit gelegt haben – Ohne sie hätte es keine Wiedervereinigung gegeben

Aus der Rede von Christian Schmidt MdB, Bundesminister a.D. und Landesvorsitzender des EAK Bayern

Wir sind gerade dabei festzustellen, dass manche versuchen, die Geschichte umzudrehen. Man möge nur mal Gregor Gysi und manche, die ihn unterstützen, selbst im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, lesen, wo man den Eindruck hat, wenn man noch zehn Jahre wartet und die Geschichtsklitterung weitergeht, dass eigentlich die Wende 1989 eine geplante im Fünf Jahres Plan der SED, inspiriert von der KPdSU, entstandene Entwicklung wäre. Bei KPdSU wäre ich vorsichtiger, weil in der Tat damals die Worte „Glasnost“ und „Perestrojka“, die



Michael Gorbatschow gebracht hat, einen Stein herausgebrochen haben aus der Mauer im wahrsten Sinne des Wortes, genauso wie Papst Johannes Paul II. einen ganz wesentlichen Beitrag geleistet hat, weil die Polen auch ein Stück gezeigt haben, dass sie in gleicher Weise denken und handeln, und auch die Ungarn, die heute so viel gescholten sind, wo jeder ganz schnell dabei ist zu sagen, was das alles für unmögliche Menschen sind. Als jemand, der gerade vor drei Wochen die Freude hatte, in Sopron, in Ödenburg zur Gedenkfeier an 30 Jahre Paneuropäisches Picknick

zu denken. Eine ganz wichtige Entscheidung im August 1989, dann die Öffnung der Grenze von Ungarn – jetzt dieser Tage haben wir ihrer erinnert im September. Und am Wochenende werden wir in Prag dran erinnern, dass Hans-Dietrich Genscher, auch wenn eigentlich Rudi Seiters zuständig war, den Botschaftsflüchtligen die Nachricht ihrer Ausreise überbrachte, die dann nach Hof über den Umweg über Dresden und Plauen erfolgte, das war die Forderung der DDR-Führung, dass sie wenigstens die Ausreise über die DDR machen und nicht direkt. Dann war letztendlich der eiserne Vorhang, der Stacheldraht durchschnitten, so wie er symbolisch in der Tat von der noch kommunistischen Regierung Ungarns unter Miklos Németh und Gyula Horn, dem damaligen Außenminister, durchschnitten wurde, der mit dem österreichischen Außenminister Alois Mock gemeinsam die Drahtschere in die Hand genommen hat. Das hat vermutlich im Palast der Republik beziehungsweise im ZK in Ost-Berlin die Zehennägel hochstellen lassen und in der Tat hat sich genau das bewahrheitet, was Michail Gorbatschow in seinem berühmten Satz gesagt hat, als er zum 40. Jahrestag der DDR am 7. Oktober eingeladen war: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben“.

...

Wir müssen jetzt gerade noch mal dran erinnern, dass es schon die Bürgerbewegung war, die den Mantel der Geschichte, wie Helmut Kohl gesagt hat, ergriffen hat, denn natürlich ist es so, dass die Bürgerbewegung auch in einer konkreten historischen Situation handelte, die determiniert war, faktisch durch den ökonomischen Zusammenbruch der Sowjetunion, das war eigentlich das Ausschlaggebende, weil Gorbatschow irgendwann gesehen hat, es geht so nicht mehr weiter. Helmut Schmidt hat in seiner Zeit mal gesagt, das ist Obervolta mit Raketen – er wollte das Spannungsverhältnis darstellen. Dass aber dann die entsprechenden geschichtlichen Momente genutzt worden sind auch von der Bürgerbewegung, auch dann von Helmut Kohl, der ja auch in Westdeutschland in seiner Verantwortung als deutscher Bundeskanzler auch zu Hause auf der „Gabriele“-Schreibmaschine seinen Zehn-Punkte-Plan schreiben musste, weil er auch nicht jedem getraut hat.

...

Dabei lasst uns bitte auch noch mal dran erinnern, dass die politisch entscheidende Triebfeder, die Person, die

es erreicht hat, dass auch das Bundesverfassungsgericht in diesen Fragen (Anm. der Red.: Wiedervereinigung Deutschlands) klare Position bezogen hat, Franz-Josef Strauß war. Nach dem Grundlagenvertrag, der sehr viel Gutes gebracht hat, allein, wenn man hier an die Region denkt. Es wurde der kleine Grenzverkehr

eingerrichtet, der gewisse Möglichkeiten gab, auch wenn er nicht jedem die Möglichkeit gegeben hat, altersmäßig zu wechseln. Im Kern aber blieben die Mauer und der Zaun, so wie sie waren. Dass das Abbauen von Schießanlagen, dass mit dem berühmten Milliardenkredit, den Franz-Josef Strauß, wie das Wort damals hieß, eingefädelt hatte, dass das natürlich ein Erfolg war, dass es aber keine Lösung war, das ist genauso bekannt. Wir im Westen, die Junge Union, die CSU, wir sind sehr bald hinüber gegangen – Leipzig war genannt. Die CSU war mit der DSU unterwegs. Ich erinnere mich, als wir für Sachsen-Anhalt zuständig waren, die Länder gab's noch gar nicht neu, wir hatten einen Vertreter der CDU, der dann bei der DSU war, der als Landtagsabgeordneter im einzigen freigewählten sachsen-anhaltinischen Landtag nach dem Zweiten Weltkrieg, nämlich 1946, gewählt worden war. Da gab es eine freie Wahl 1946. Der Herr dürfte zwischenzeitlich sicherlich nicht mehr unter uns sein, aber das war sehr beeindruckend, weil wir ja ehrlich gesagt auch wenig Kenntnis über die Dinge hatten.

...

Ich möchte uns sagen, dass wir beide – Christine Lieberknecht und ich – die Ehre haben, in der Regierungskommission 30 Jahre Friedliche Revolution zu arbeiten, dass wir die Dinge wieder auf die Erinnerung bringen und das Bewusstsein, wo es war. Dass wir akzeptieren, dass es da Irrungen und Wirrungen gegeben hat.

Ich denke an eine ehemalige Fraktionskollegin im Deutschen Bundestag Vera Lengsfeld, die bei der Lektüre ihrer Stasiakten feststellen musste, dass der eigene Mann sie bespitzelt hat. Das sind seelische Verletzungen, die kann man nicht so ohne weiteres abtun. All diese Schicksale, ich will das nicht nur an diesem Fall festmachen, fordern von uns Respekt, weil das Lebensläufe und Lebensbahnen sind, die wir im relativ gut situierten Westen nie so richtig erlebt haben. Vielleicht liegt eines der Probleme auch darin, dass wir dieses gegenseitige Verständnis nie so richtig entwickelt haben. Das kann man auch durch Gesetz



nicht machen, sonst hätten wir das schon gemacht. Man kann es auch nicht mit Geld zuschütten. Da muss man sich nochmal mehr überlegen, wie wir auch im Dialog arbeiten. Ich glaube, dass die Bürgerbewegung eine ganz wichtige Rolle spielt und wir, dass wir auch bereit sind, weiterhin die Kontakte in die neuen Länder zu halten – neue Länder will man gar nicht mehr sagen, da diese Länder zum Teil älter sind als die Bindestrich-Länder im Westen. Ich meine, dass wir auch wieder die Basisarbeit machen müssen und die Unterstützung auch innerhalb der CDU. Als ich in einem westdeut-



schen Bundesland zu einem Landtagswahlkampf unterwegs war, habe ich kein Wahlplakat

von der CDU gesehen und dachte „oh je“. Als ich hierhergekommen bin – wir alle miteinander sind ja Wahlkämpfer – lächelte mir als erster und einziger Michael Heym entgegen. Das lässt Gutes hoffen. Ich meine, dass wir uns gemeinsam auch in der Zukunft unterstützen müssen. Der Ministerpräsident des Landes Thüringen hat ein unwahrscheinliches Geschick, seine ideologische Verankerung vergessen zu machen. Es kommt

dann manchmal, wenn er zum Beispiel über die Änderung der Nationalhymne spricht, darüber kann mancher vielleicht lächeln, aber ich bin da überzeugt, dass da nach wie vor Methode dahintersteckt, und dass das Gewand anders ist, dass die politische Orientierung so ist, dass er die Wurzeln nicht verleugnen kann. Die Linken sind vielleicht nicht durchgängig kommunistisch, aber sie liegen auf einem Boden, auf dem sie gewachsen sind. Daran muss man auch nach 30 Jahren immer wieder erinnern. Nicht nur bei Gregor Gysi und vielen Leuten, die da mitgeschwommen sind. Wenn ich noch einmal auf Vera Lengsfeld zurückkomme, die als Anwalt Wolfgang Schnur hatte, der auch in der Bürgerbewegung eine Rolle gespielt hat, bis man festgestellt hat, dass er ein Stasi-Mitarbeiter gewesen ist, oder Ibrahim Böhme bei der SDP und anderen.

...
Deswegen sollten wir ein Stück mehr Respekt auch vor denen haben, die in der Situation bereit waren, sich nicht nur in der Volkskammer, in den Ländern, in den Kreisen in den Gemeinden zu engagieren. Danke, dass wir jetzt darüber sprechen konnten und danke, dass wir eine Gemeinsame Erklärung verabschieden können und dass wir auch symbolisch für alle lesbar, nicht nur für heute, dass wir zeigen, dass die wertebundenen in Bayern und Thüringen sich gemeinsam fühlen, und dass sie gemeinsam bleiben wollen.

* * *

Auftakt für Veränderung

Erinnerungen an den Brief aus Weimar der Ost-CDU

von Dr. Gottfried Müller, Theologe, Publizist und Landtagspräsident a.D.



Dr. Gottfried Müller

Im Laufe des Jahres 1989 spitzte sich die Krise der DDR und ihrer Führung weiter zu. Nach den manipulierten Kommunalwahlen im Mai stellte sich für viele Bürger die Frage, welche geschichtliche Stunde geschlagen hatte: Zeigte sie Freiheitsgewinn an oder die mit Gewalt aufrecht erhaltene Unter-

ordnung unter ein reformunfähig gewordenes autoritäres Regime?

Für den politisch aufmerksamen Beobachter ergaben sich zwei Konsequenzen: War man bereit, über das bisherige Maß hinaus für eine Veränderung der unhaltbar gewordenen Verhältnisse einzutreten? Und: wie kann man zusätzliches Reformpotential in der Gesellschaft entdecken und zur Geltung zu bringen?

Aus beiden Motiven heraus erwuchs in einem kleinen Initiativkreis von vier der Kirche angehörenden CDU-Mitgliedern die Idee, für die notwendigen Veränderungen die bisher im Großen und Gan-

zen abseits stehende Ost-CDU in Pflicht zu nehmen mit dem Ziel: Die Partei zu reformieren, damit sie fähig wird, für die Reform der Gesellschaft zu wirken.

Dringend stellte sich die Frage, was konnte eine Partei wie die CDU in eine Reform der DDR einbringen? Eine Einbindung schien in dreierlei Hinsicht sinnvoll zu sein: Erstens verfügte sie über eine flächendeckende Infrastruktur mit rund 230 Kreis- und Bezirkssekretariaten (und Telefonanschlüssen), besetzt mit hauptamtlichen Mitarbeitern. Dies war besonders von Bedeutung für die Kampagnefähigkeit der Partei, vor allem bei zukünftigen demokratischen Wahlen.

Brief aus Weimar

an die Mitglieder und Vorstände
der Christlich-Demokratischen Union

- 1 Als haupt- oder ehrenamtliche Mitarbeiter der Kirche, die der CDU angehören, wenden wir uns an die Mitglieder und Vorstände der Partei. Wir bitten sie, mit uns zusammen darüber nachzudenken, welchen Beitrag die CDU für die Lösung der akuten gesellschaftlichen und politischen Probleme leisten kann. Wir sind davon überzeugt, daß die Partei mehr vermag, als sie sich selbst bis jetzt zutraut.
- 2 Vor allem beunruhigt uns, daß das Problem der legalen und illegalen ständigen Ausreise aus der DDR sich in diesem Jahr weiter verschärft hat, anstatt allmählich an Bedeutung zu verlie-

Zweitens hatte die Ost-CDU in der Endzeit der DDR 130.000 Mitglieder, von denen zu vermuten war, dass die Mehrheit von ihnen für Reformen gewonnen werden konnte. **Schließlich** war sie eine Partei, die zwar politisch nur von geringer Bedeutung war, strukturmäßig jedoch einen integralen Bestandteil des DDR-Herrschaftssystems ausmachte, so dass ihre Reform die Reformbedürftigkeit der ganzen DDR aufdecken würde.

Der Reformkreis verstand sein Wirken nicht als Konkurrenz zur Opposition im Staate, sondern als erstrebenswerte Ergänzung. Die in der DDR bereits bestehenden widerständigen Gruppen sprachen meist – ihren Wirkungshorizont erweiternd – die ganze Gesellschaft an. Ihr Medium war der Aufruf, der oft mit einem eindrucksvollen Pathos vorgetragen wurde. Die geplante CDU-Reforminitiative hingegen, deren erklärter Adressat eine in der DDR verfestigte Parteiorgani-

sation war, entschied sich für die bescheidenere Form des Briefes, um vor allem die Parteimitglieder ansprechen zu können. So standen im fertiggestellten Brief neben den „großen“ Problemen von unverfälschten Wahlen und der Massenflicht aus der DDR auch kleinteiligere Organisationsprobleme wie z.B. die Frage, wieviel Minister- und Ratsvorsitzendenposten der Partei zukünftig zustehen sollten.

Noch in seiner Entstehungszeit erhielt der in Arbeit befindliche Reformtext die Anschriftsbezeichnung: „Brief aus Weimar an die Mitglieder und Vorstände der Christlich-Demokratischen Union“. Auf diese Weise wollte man an die demokratischen Traditionen der Weimarer Nationalversammlung von 1919 anknüpfen.

Dem Initiativkreis war klar, dass die von ihm anzusprechende Ost-CDU in der Anfangszeit des Reformbriefes noch die Gestalt einer

Blockpartei haben würde. Der sog. „Demokratische Block der Parteien“ hatte sich von einer halben Demokratie im Jahre 1945 zu einer ganzen Diktatur unter Führung der SED entwickelt. Jedermann verstand die Drohung, als die Staatsführung die Volkskammer im Juni 1989 die „Niederschlagung der Konterrevolution in China“ begrüßen ließ. Doch der Tauwind des anschwellenden Veränderungsturmes begann die Eisbarrieren der SED-Herrschaft schneller als ursprünglich erwartet abzuschmelzen. Allein schon das nach seinem

Vor 30 Jahren, am 10. September 1989, schickten vier CDU-Mitglieder, allesamt Kirchenleute, einen „Brief aus Weimar“ an ihre Parteileitung. Von dem Schreiben gingen wesentliche Impulse zur Erneuerung der DDR-CDU und der Ruf nach gesellschaftlichen Reformen aus.

Die Mitglieder des Initiativkreises „Brief aus Weimar“ waren:

Rechtsanwältin Martina Huhn, Hopfgarten,
Oberkirchenrat Martin Kirchner, Eisenach,
Pastorin Christine Lieberknecht, Rams-la
Kirchenrat Dr. Gottfried Müller, Weimar

Erscheinen im Weimarer Brief sichtbar gewordene Streben nach selbstbewusst praktizierter Eigenständigkeit der CDU musste die Staatspartei als Erweichung ihres Herrschaftsanspruches werten. Viele der Kritiken und Reformvorschläge, die im Weimarer Brief nachgelesen werden konnten, wiesen den Weg zur Befreiung von den Anmaßungen der SED-Politbürokratie. Am Ende war es die Massenbewegung auf den Straßen der Republik, die deutlich machte, dass der pseudohistorisch begründete Führungsanspruch der SED obsolet werden würde.

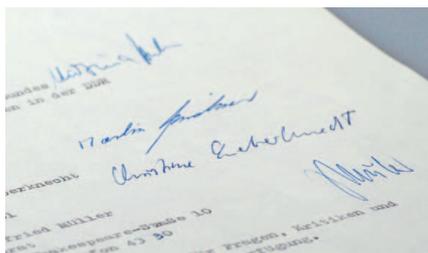
Der Weimarer Brief gehörte zu den frühen Dokumenten der Revolution. Sein Ausgabetag 10. Septem-

16 Förderung der öffentlichen Meinungsbildung

Um die öffentliche Meinungsbildung zu fördern, legen wir Wert darauf, daß dieser unser Brief, der eine Vertiefung der gesellschaftlichen Mitverantwortung der CDU in der DDR zum Ziel hat, möglichst viele Menschen erreicht. Entschieden wenden wir uns gegen das durchsichtige Argument, Offenheit in der Informationsgebung und in der Kommentierung nutze dem Klassenfeind. Das Gegenteil ist der Fall. Eine Medienpolitik, die auf Verdrängen, Verschweigen und Beschönigen setzt, macht ihre eigenen Sachanliegen unglaublich, verärgert die Menschen und öffnet den Westmedien weite Räume in der publizistischen Landschaft der DDR. Sie stellt nach unserer Erkenntnis eine der Hauptursachen im Bereich der Ausreiseproblematik dar.

ber lag zwischen dem Aufruf zur Gründung des Neuen Forums am 9. September 1989 und dem Gründungsaufruf von „Demokratie Jetzt“ am 12. September. Am Rande der in Eisenach tagenden Synode des DDR-Kirchenbundes war es möglich, ihn westlichen Journalisten vorzustellen. Danach konnte man in den Zeitungen der Bundesrepublik lesen: „Druck auf Ostberlin wird immer stärker. Reformappelle aus Kirchen und der DDR-CDU“ (Frankfurter Rundschau). „Ruf der Kirchen in der DDR nach Reformen erhält Unterstützung durch die CDU“ (Süddeutsche Zeitung). „Kir-

chen und Ost-CDU fordern in DDR schnelle Erneuerung“ (Welt). „Bei der Synode in Eisenach: Forder-



Die Unterzeichner

ungen nach 'innerparteilicher Demokratie' für die Ost-CDU“ (TAZ). Anderer Meinung war die FDJ-Zeitung „Junge Welt“. Über die

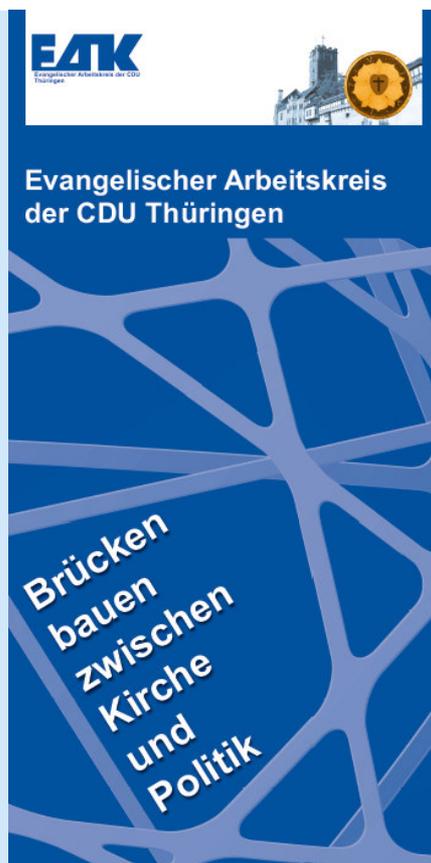
Unterzeichner des Weimarer Briefes urteilte sie: „Spreizübung vor westlichen Kameras stellt alle Redlichkeit ihrer Absichten in Frage“.

Der Weimarer Brief war fortan in der Öffentlichkeit. In den folgenden Wochen versuchte die oberste CDU-Leitung, ihn und seine Botschaft wieder zurückzudrängen. Aber viele Mitglieder an der Basis der Partei sorgten dafür, dass die Ost-CDU auf dem Weg der Reform nicht stecken blieb.

Wir über uns – Der Evangelische Arbeitskreis in Thüringen

Der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU ist ein Zusammenschluss evangelischer Christen in den Unionsparteien, der das Ziel verfolgt, protestantisches Denken und protestantische Überzeugungen in die politische Arbeit der Union einzubringen und evangelische Christen zum politischen Engagement zu ermutigen. Er wurde 1952 vom damaligen Bundestagspräsidenten Dr. Hermann Ehlers gegründet. Ehlers Anliegen war es, das Profil der Union als überkonfessioneller, auf christlichem Fundament stehender politischer Kraft in Deutschland zu schärfen und die evangelische Stimme in der Partei zu einen und zu stärken. Dieser ökumenische Ansatz stand auch an der Wiege des Thüringer Landesverbandes, der 1991 unter dem Motto „Die provozierende Kraft des C“ in der Reformationsstadt Schmalkalden aus der Taufe gehoben wurde.

In Thüringen bekennen sich heute nur noch weniger als ein Drittel der Menschen zu einer der christlichen Kirchen. Christen sind hier nach über vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft und staatlich verordnetem Atheismus deutlich in der Minderzahl. Und doch hatten



die 1989/90 neu gewonnene Freiheit in der DDR und die erfolgreiche Wiedervereinigung unseres Vaterlandes ihren Ausgangspunkt in den kirchlichen Friedensgebeten. Aus den überfüllten Kirchenräumen des Herbstes 1989

brach sich die friedliche Revolution Bahn auf die Straßen und Plätze unseres Landes und in die Herzen ihrer Menschen.

Diese Erfahrungen bestimmen bis heute die Themen und Handlungsfelder des EAK Thüringen. Im Spannungsfeld zwischen individueller Freiheit, persönlicher Verantwortung und gemeinschaftlicher Solidarität wollen wir insbesondere in ethischen und sozialpolitischen Fragen aktiv am Meinungsbildungsprozess innerhalb der Partei und in unserer Gesellschaft teilnehmen. Zugleich verstehen wir uns als natürlicher Partner im politischen Dialog mit den auf dem Gebiet des Freistaats tätigen evangelischen Kirchen.

Der Prophet Jeremias forderte die kleine Schar der in der babylonischen Gefangenschaft, in einer scheinbar fremden und feindlichen Welt lebenden Israeliten einst auf: „Suchet der Stadt Bestes“. Dieser Aufforderung zur tätigen Mitverantwortung für unser Gemeinwesen, das uns um vieles näher ist, fühlen sich die Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen zutiefst verpflichtet. ■

Wir sagen JA zum „C“

Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CDU antworten auf die Frage, was ihnen das „C“ im Namen ihrer Partei bedeutet

Ist es noch zeitgemäß, wenn sich eine große Volkspartei in ihrem Namen als „christlich“ bezeichnet? Wem soll das heute noch etwas sagen?

Das Christentum ist nicht nur bei uns, sondern vielerorts in der westlichen Welt am Verdunsten. Immer mehr Menschen stehen dem Glauben gleichgültig, kritisch, skeptisch oder ablehnend gegenüber. Wir, evangelische Christen in der CDU, meinen: aus dem modernen Verständnis eines weltoffenen Christentums erwächst eine Fülle an Prinzipien und Grundsätzen für ein friedliches, zukunftsorientiertes Miteinander der Menschen unterschiedlicher Religionen und Weltanschauungen. Die Pluralität unserer Gesellschaft spiegelt sich auch in der CDU. Ihre Grundwerte und Prinzipien sind wichtig für eine erfüllte und erfüllende Zukunft unserer Heimat, in der wir Trennendes über Bord werfen und Gemeinsamkeiten voranbringen.

Deshalb sagen Christen in der CDU Thüringen „Ja“ zum „C“ im Namen unserer Partei. Hier erzählen einige von ihnen, was dabei für sie besonders wichtig ist.

Jörg Kellner

Landtagsabgeordneter, 61, Gotha

Jeder Mensch mit seinen besonderen Fähigkeiten ist einmalig und steht im Mittelpunkt einer Partei mit dem „C“ im Namen. Diese Talente sind individuell zu fördern. Eine zentralistische Gleichmacherei steht im deutlichen Widerspruch dazu. Für mich als Christ erwächst daraus eine Verantwortung, meine Fähigkeiten für die Gesellschaft einzusetzen.



Eine C-Partei basiert auf christlichen Werten. Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung, Glaube und Familie sind Fundamente unseres Zusammenlebens. Unsere Gesellschaft wurde über Jahrhunderte von diesen Werten geprägt. Auch in Zeiten, in denen die Bindung der Menschen zur Kirche rückläufig ist, müssen die Werte bewahrt werden. Das bedeutet für mich Tradition im konservativen Sinn. Zu Recht steht die Kirche im Dorf und dort muss sie auch bleiben.

Dr. Thomas Knoll

50, Erfurt

Das „C“ in unserer Partei bedeutet für mich, dass sich unsere Politik aus dem Wertefundament des christlichen Glaubens speist. Basis ist das christliche Menschenbild: Wir haben unsere Würde daraus, dass Gott uns zu seinem Bilde geschaffen hat. Basis ist die gute Nachricht der Vergebung durch Jesu Tod am Kreuz und seine Auferstehung: Wir sind in Gottes Hand und können nicht daraus fallen.

Mit solch guter Botschaft sind wir frei, mutig Verantwortung für uns und andere zu übernehmen, ganz im Sinne

Gudrun Holbe,

Landtagsabgeordnete, 61, Artern

Die Frage nach dem „C“ wurde schon oft gestellt, nicht selten, um den Befragten in Verlegenheit oder politische Diskreditierung zu bringen. Dabei ist die Antwort gar nicht schwer: In einer sich ständig wandelnden Welt vermittelt das „C“ für mich ein Stück Wertegarantie, also Kontinuität und Stabilität.



Zugleich ist das „C“ ein Kompass, mit dessen Hilfe stets das christliche Menschenbild als politisches Ziel im Auge behalten wird. Als Richtschnur für dieses Ziel verstehe ich die Umsetzung von Politik, in der sich christliche Verantwortung für die Schöpfung mit politischem Weitblick vereint und widerspiegelt. Im Zentrum des Handelns der CDU steht hierbei der Mensch, betrachtet aus christlicher Sicht, also mit all seinen Freiheiten und Nuancen, aber auch die nötige Toleranz gegenüber politisch oder religiös Andersdenkenden.

Hildigund Neubert

59, Nordhausen

Ich bin 1996 der CDU beigetreten. Da hatte ich die Wahl zwischen Parteien, in denen vorbildliche, glaubwürdige Christen aktiv sind: Die Grünen mit ihrem Engagement für die Schöpfung, die SPD mit ihren fürsorglichen Konzepten. Und die CDU. Warum habe ich die CDU gewählt?

Das Herkommen jedes Menschen von Gott und seine unbedingte Annahme in Christus ist der letzte Grund der Menschenwürde. Alle anderen Gründe sind davon abgelei-



von Luthers „Freiheit eines Christenmenschen“.

Wir sind nicht perfekt, aber wir sind „von guten Mächten“ (Dietrich Bonhoeffer) festgehalten. Unser Grundgesetz stellt zu Recht den Gottesbezug an seinen Beginn: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen ...“. Denn der „Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht schaffen kann“ (Ernst-Wolfgang Böckenförde). Hier sind wir als Christen gefragt, uns für ein gutes Gemeinwesen einzubringen.

Hans-Steffen Herbst

66, Königsee



Als Abiturient bin ich 1971 in die CDU eingetreten. Ohne Jugendweihe und ohne FDJ-Mitgliedschaft. Europa atmete damals auf. Der Entspannungsprozess mit Willy Brand begegnete dem kalten Krieg durch „Wandel durch Annäherung“. Die Synode des DDR-Kirchenbundes verkündete 1971

„Wir wollen Kirche nicht neben, nicht gegen, sondern im Sozialismus sein.“ Das bedeutet: „Suchet der Stadt Bestes“, engagiert Euch als Christen in Eurem Umfeld um die Gesellschaft zu verbessern. Der Spielraum dazu war aber zu klein.

Gerade die CDU heute läßt ein, das christliche Menschenbild von der Freiheit eines Christenmenschen und der Verantwortung für Mitmenschen und Schöpfung in die Gesellschaft einzubringen und ermöglicht verantwortliche, selbst gestaltete Mitarbeit. Sie versucht nicht, alles dem Staat zu übergeben.

Prof. Dr. Jens Goebel

67, Schmalkalden

„Esto peccator et pecca fortiter, sed fortius fide et gaude in Christo, qui victor est peccati, mortis et mundi!“ – Sei ein Sünder und sündige kräftig, aber vertraue (bete) noch stärker und freue dich in Christus, welcher der Sieger ist über die Sünde, den Tod und die Welt!



Martin Luther wusste sehr gut, dass jeder Versuch eines „gottgefälligen Lebens“ zum Scheitern verurteilt ist. Seine Aufforderung, kräftig zu sündigen, aber umso kräftiger zu beten und auf Christus zu vertrauen, die er in einem Brief an Melanchthon sandte, hat mir imponiert. Sie ist kein Freibrief alles Mögliche zu

tun. Sie fordert uns auf Verantwortung zu übernehmen, schützt aber zugleich vor der moralischen Keule. Sie macht den Handelnden stark. Die Politik der CDU war erfolgreich, wenn sie sich auf ordnungspolitische Grund-

tet. Das Liebesgebot entspringt derselben Quelle. Ich glaube, dass es einen Unterschied macht, ob sich Politiker dieser Anfrage immer wieder stellen.



Das christliche Menschenbild weiß: „Wir sind allzumal Sünder“. Politisch heißt das: Wir gehen nicht davon aus, Menschen durch Erziehen und Steuern grundsätzlich ändern zu können oder zu müssen. Vielmehr beziehen wir in unsere Überlegungen die Möglichkeit von Fehlern und Scheitern ein. Das ist der demokratische

Grundgedanke von Machtbegrenzung und Machtkontrolle. Meine Hoffnung ist, dass beides zusammen Politik besser macht.

Karl-Eckard Hahn

59, Erfurt

Hilfreicher Beistand – Die Menschenwürde hat für Christen ihren letzten Grund in der Gottebenbildlichkeit des Menschen, vor aller Staats- und Rechtsordnung. Jedes Nachdenken über eine menschengemäße politische Ordnung muss darauf Sinnen, wie sie jedem ein Leben in Würde, Freiheit und Eigenverantwortung ermöglicht. Das macht seine Persönlichkeit aus. Die christliche Soziallehre stellt diesem Begriff zwei weitere Grundprinzipien zur Seite: Solidarität und Subsidiarität.



Mit dem ersten werden das Gemeinwohl und das Wohl jedes Einzelnen zum Maßstab guter Politik. Die Subsidiarität gewährleistet und fordert, dass der einzelne und Gemeinschaften wie die Familie aus eigener Verantwortung leben können und Unterstützung „hilfreicher Beistand“

(Oswald von Nell-Breuning) bleibt, aber nicht zur Bevormundung verkommt. Das ist „C“ pur, und es tut Land und Leuten gut.

Volker Heerdegen

59, Apolda



Seit 59 Jahren wohne ich der schönen Glockenstadt Apolda. Als ich 1984 in die CDU eingetreten bin, tat ich das aus Überzeugung. Als gläubiger Mensch kam zum damaligen Zeitpunkt für mich nur die Partei mit dem „C“ in Frage. Das hat mich über die vielen Jahre

bis heute getragen. Damals und heute war es nicht immer leicht, sich zum „C“ zu bekennen.

Da aber mein gesamtes Tun, ob im Privaten oder im Berufsleben auf einem festen Fundament und meines Glau-

sätze berief. Das gilt auch heute und sollte künftig gelten. Sie ist damit berechenbar und schafft Vertrauen. Die wichtigsten Grundsätze sind Barmherzigkeit, Freiheit, Frieden und Demokratie – christliche Werte für eine menschenwürdige Zukunft. Da kann auch mal was schief laufen, wir bleiben trotzdem auf einem guten Weg.

bens basiert, habe ich immer wieder die Kraft gefunden, auch schwierige Situationen, im Alltag, innerhalb der CDU und ganz besonders in meiner jetzigen hauptamtlichen kommunalen Tätigkeit zu meistern.

Das ist übrigens heute genauso aktuell wie vor 35 Jahren.

Detlef Baer

55, Erfurt



Mein Glaube ist eine Konstante in meinem Leben. Er ist für mich Richtschnur, er gibt mit Halt und Zuversicht – nicht nur im Privaten, sondern auch in Beruf und Ehrenamt.

Sich in die Politik einzubringen, fand ich schon immer faszinierend. Es mit Gleichgesinnten gemeinsam zu tun, bereitet mir viel Freude. In der CDU habe ich Menschen getroffen, die ähnlich fühlen. Für die ihr Glaube die Grundlage für ihr Handeln ist. Für die das „C“ mehr als ein Buchstabe im Parteinamen ist. Sich in der Politik auf christliche Werte zu besinnen, schärft die Sinne und hilft verantwortungsvoll Entscheidungen zu treffen.

Unheilige Ignoranz:

Das Kirchenpapier der AfD – ein Angriff gegen die Nächstenliebe

Über das schräge Kirchenbild der „Alternative für Deutschland“

von Prof. Dr. Jens Goebel, Kultusminister a.D. und Landesvorsitzender des EAK Thüringen

In einem umfänglichen Papier von fünfzig Seiten mit dem Titel „Unheilige Allianz. Der Pakt der Evangelischen Kirche mit dem Zeitgeist und den Mächtigen“ will die AfD zeigen, wie die Evangelische Kirche mit dem Zeitgeist und den „Mächtigen“ paktiere. Eigentlich ist das Papier nicht der Rede wert, denn es enthält keinerlei neue Erkenntnisse. Alle Vorhaltungen sind schon dutzende Male vorgetragen worden. Jede einzelne findet im öffentlichen Diskurs ebenso Zustimmung wie Ablehnung. Im Kern gehen alle am Wesentlichen vorbei. Was ist Kirche, was macht sie aus?

Das Grundgesetz bestimmt, was Kirche nicht ist. Artikel 140 GG verweist auf die Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 und erklärt diese zum Bestandteil des Grundgesetzes. Im Artikel 137 Abs. 1 der Weimarer Verfassung heißt es. „Es besteht keine Staatskirche.“ Seit einhundert Jahren sind Staat und Kirche getrennt. Einen Pakt zwischen Thron und Altar mag es davor gegeben haben, seither agieren Kirche und Staat unabhängig. Die Verfas-

sung sichert den kirchlichen Organisationen Raum für ihre Tätigkeit zu, die ihrer Natur gemäß öffentlich stattfindet. Der Glaube jedes einzelnen Mitglieds ist Privatangelegenheit. Die Gemeinschaft der Gläubigen bezieht Position zu den Fragen, die sie berühren.

Kirchen sind Gemeinschaften von Menschen, die auf der Grundlage ihres Glaubensbekenntnisses auf Gott und die christliche Lehre ausgerichtet sind. Damit ist Kirche mehr als eine Interessengemeinschaft oder ein Verein. Sie besitzt vielmehr ein spirituelles Zentrum, das ihr Leben und Zusammenleben ausmacht. Da sich große Menschengruppen naturgemäß niemals einig sind, verwundert es nicht, dass es nicht nur eine, sondern viele Kirchen gibt. Die Gewichtung der Unterschiede unterliegt der Eigenbewertung und wird manchmal größer, manchmal weniger groß beurteilt. Einig ist allen der Bezug auf den dreieinigen Gott, wie er in den Schriften der Bibel bezeugt wird.

Eine zentrale Rolle spielt in der christlichen Lehre die Liebe. Sie ist

„die größte unter ihnen (den christlichen Tugenden)“ (1. Kor. 13;13). Für Christen ist das Liebesgebot ein universelles, welches alle Menschen umfasst. Offensichtlich besondere Bewunderung erfährt und erfährt stets derjenige, der sich für seine Mitmenschen bis zur Selbstaufgabe hingibt. Ein besonders prominentes Beispiel finden wir unmittelbar vor unserer Haustür. Die Heilige Elisabeth, eine ungarische Prinzessin, Gemahlin des Landgrafen Ludwig IV, überließ ihre Kinder der Obhut von Verwandten und arbeitete bis zur völligen Erschöpfung und ihrem frühen Tod im Jahre 1231 für Kranke und sieche Menschen in dem von ihr gegründeten Hospital. Dafür wurde sie bereits vier Jahre nach ihrem Ableben vom Papst heiliggesprochen.

Solche Maßstäbe könnten – so die AfD – allenfalls im Privaten, nicht aber im öffentlichen Kontext gelten. Das ist ein Argument, welches man oft von den Gegnern von Kirche hört. In der DDR und in den anderen kommunistischen Staaten versuchte man vergeblich das kirchliche Leben auf den privaten Bereich zu beschränken, wenn es durch gezielte

Zersetzungsarbeit nicht ganz und gar ausgelöscht werden konnte. Man kann aber Glaube und religiöse Überzeugungen nicht ins Private verbannen. Es sind Werte, die nicht einem Menschen allein gehören, sondern zwischen den Menschen wirken. Der Mensch ist ein politisches Wesen (zoon politikon – Aristoteles), der sich nicht in seine vier Wände einsperren lässt.

Bundeskanzlerin Angela Merkel handelte 2015 aus dieser christlichen Überzeugung, als sie Menschen, die schon unterwegs zu uns waren, einlud vorübergehend hier zu bleiben. Auch künftig sollten wir bei humanitären Katastrophen nicht die Augen verschließen, und Menschen in existenzieller Bedrängnis bei uns aufnehmen, wenn wir aus christlicher Verantwortung handeln.

Freilich kann Hilfe niemals grenzenlos gewährt werden. Vielmehr galt und gilt die schon 2015 von Bundespräsident Gauck geäußerte Einsicht: „Wir wollen helfen. Unser Herz ist weit. Doch unsere Möglichkeiten sind endlich.“ Was das konkret heißt, muss in jedem Einzelfall wieder neu bedacht und entschieden werden. Es verwundert nicht, dass das Thema „Nächstenliebe“ im AfD-Papier überhaupt nicht vorkommt.

Ein anderes Stichwort, welches die AfD-Schrift aufgreift, ist die gleichgeschlechtliche Ehe. Ja, die Bibel verurteilt sie. Da helfen auch Interpretationen der einschlägigen Textstellen wenig. Ich habe selbst in meiner Kirche gegen die Öffnung der

Traugende für gleichgeschlechtliche Paare unmittelbar nach dem Beschluss des Deutschen Bundestages gestimmt. Im Nachhinein muss ich aber sagen, dass auch hier das Gebot der Nächstenliebe für Mitchristen mit einer entsprechenden sexuellen Orientierung über einem traditionellen Moralkodex stehen sollte, selbst wenn dieser seinen Grund in der Heiligen Schrift findet. In Glaubensfragen gilt es den Menschen in den Blick zu nehmen, den lebendigen Menschen, der über den toten Buchstaben eines Gesetzes steht. Zu mindestens gilt das, wenn es um das Zusammenleben von Menschen geht. Schwieriger wird das im Gegenüber zu Gott.



Säule am Portal des Prämonstratenser Stifts Jerichow:
*Wolf im Schafspelz
(in der Mönchskutte)
predigt zwei Gänsen*

Im idea-Interview vom 5. September 2019 äußerte sich der neue Landesbischof der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland Friedrich Kramer zur AfD: „Viele Wähler merken nicht, welchem Wolf im Schafspelz sie da eigentlich folgen.“

Es gibt weitere Themen wie Klimawandel, Geschlechtergerechtigkeit u.v.m., die wie eine bunte Blütenlese in der Broschüre versammelt sind. Jedes Mal folgt die Unterstellung, da wolle sich Kirche bei Politik und politischen Akteuren anbieten. Dazu werden unappetitliche Vergleiche zur Zeit der NS-Diktatur und zur DDR-Zeit

gezogen, die allesamt schief sind.

Glaube, Verantwortung, Nächstenliebe spielen dabei keine Rolle. Davon getragen hätte ich mir ein Papier zum Miteinander von Kirche und Politik gewünscht. Aber das kann die AfD nicht liefern – will sie vielleicht gar nicht, denn ihre Politik ist eben nicht von christlichen Überzeugungen getragen.

Stattdessen wird die mangelnde Dialogbereitschaft der Kirchen mit der AfD beklagt. Auch das ist allenfalls eine Halbwahrheit. Ich selbst konnte an einer Podiumsdiskussion mit dem kirchenpolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion in diesem Frühjahr in der Ökumenischen Akademie Gera-Altenburg teilnehmen. Die Akademie veranstaltete gleich eine ganze Reihe solcher Foren mit AfD-Vertretern. Es gibt den Dialog, wenn man ihn sucht. Die AfD hat es da vielleicht schwerer, aber sie tut sich auch schwerer damit. Das hier besprochene Papier ist keine einladende Grundlage für einen Dialog.

Zum Schluss sei gesagt: Auch mir gefällt nicht alles, was Offizielle der Evangelischen Kirchen sagen oder schreiben. Kirche bleibt eine Gemeinschaft von Menschen, die keine höhere Weisheit oder Moral besitzt, als viele andere Gruppen. Trotzdem brauche ich sie, wie die Luft zum Atmen. Glaube braucht Gemeinschaft, Vergewisserung und Solidarität, damit er leben kann. In vielen Jahren politischer Tätigkeit konnte ich darauf bauen. Dafür danke ich Gott.

Evangelischer Arbeitskreis (EAK) der CDU Thüringen

Landesgeschäftsstelle
Friedrich-Ebert-Straße 63
99096 Erfurt

www.eak-thueringen.de

Mail: eak-thueringen1@online.de

Verantwortliche dieser Ausgabe

Prof. Dr. Jens Goebel
Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
(Redaktion)

Dr. Detlef Baer
Mitglied im Landesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
(Satz + Layout)

Autoren dieser Ausgabe

Prof. Dr. Jens Goebel
Landesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Thüringen
Dr. Gottfried Müller
Theologe, Publizist und Landtagspräsident a.D.
Fred Rautenberg
Mitarbeiter des Streutal-Journals Mellrichstadt
(Mit freundlicher Genehmigung konnte der Wartburg-Kurier seinen im Streutal-Journal erschienenen Artikel nachdrucken.)

Thomas A. Seidel / Ulrich Schacht (Hrsg.)

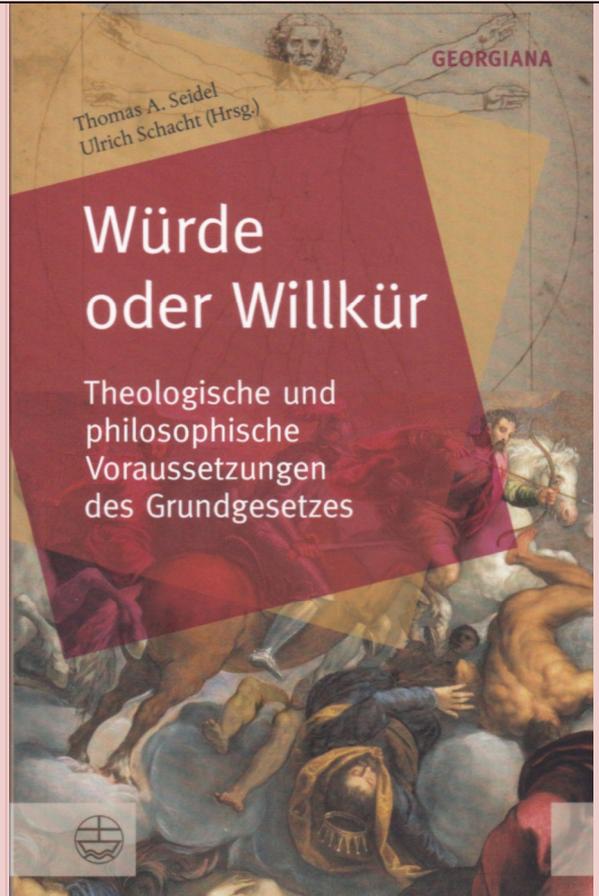
Würde oder Willkür

Theologische und philosophische Voraussetzungen des Grundgesetzes

Das Grundgesetz, die Verfassung des wiedervereinigten Deutschlands, wurzelt nicht in der Unbestimmtheit von Moderne und Säkularisierung. Es schöpft aus der entscheidenden Quelle des christlichen Abendlandes: dem biblisch bezeugten Gott und den sich daraus für die Gestaltung der zwischenmenschlichen Beziehungen in Staat und Gesellschaft ergebenden normativen Konsequenzen. Von daher ist es kein Zufall, dass der entscheidende sittlich-moralische Referenzpunkt am Beginn der Präambel nicht der Mensch ist, sondern Gott. Dieser erste Satz variiert jenen Maßstab christlich grundierter Staatsformen und Gesellschaftsstrukturen, demzufolge der Mensch und Bürger sich im entscheidenden Moment, vor allem in Abwehr totalitärer Versuchungen, auf Gott und die fundamentale Weisheit der Bibel einlassen und verlassen kann. Im Zeitalter eines Säkularismus jedoch, der sich der totalen Dynamik von technischem Fortschritt und ökonomischer Globalisierung als Antriebsmittel und Endzeitperspektive gleichermaßen instrumentell bedient, ist der christliche Gottesbezug im Grundgesetz rechtsphilosophisch eine immer rabiater bestrittene, handlungspolitisch immer häufiger überlesene und multikulturell immer radikaler infrage gestellte Prämisse. Dem soll und muss widersprochen werden.

Mit Beiträgen von Udo Di Fabio, Thibaut de Champris, Wilfried Härle, Benjamin Hasselhorn, Alexander Kyrleschew, Heinrich Oberreuter, Friedemann Richert, Thomas A. Seidel, Ulrich Schacht sowie einem Grußwort von Hildigund Neubert und einem Nachruf auf Ulrich Schacht von Sebastian Kleinschmidt.

Thomas A. Seidel und Ulrich Schacht (Hrsg.)
 Würde oder Willkür
 Theologische und philosophische Voraussetzungen des Grundgesetzes
 GEORGIANA. Neue theologische Perspektiven | 3
 Evangelische Verlagsanstalt
 280 Seiten | Paperback
 EUR 20,00 [D]
 ISBN 978-3-374-05607-1
 Leipzig, im Oktober 2019



„In Verantwortung vor Gott und den Menschen: Dies ist keineswegs hohles Pathos, sondern schöpft aus den Quellen unserer Kultur. Mit dem Gottesbezug machen die Deutschen ihre christliche Identität deutlich: eine Identität, die andere Glaubensrichtungen weder ausschließt noch gar bekämpft. Die aber auch nicht gleichgültig ist gegenüber dem Verfall oder der Gefährdung der eigenen geistigen und religiösen Wurzeln.“
 (Udo di Fabio)

Das Grundgesetz wurzelt nicht in der Unbestimmtheit von Moderne oder Postmoderne. Im Zeitalter eines Säkularismus jedoch, der sich der totalen Dynamik von technischem Fortschritt und ökologischer Globalisierung als Antriebsmittel und Endzeitperspektive gleichermaßen instrumentell bedient, ist der Gottesbezug in unserer Verfassung eine rechtsphilosophisch immer rabiater bestrittene, handlungspolitisch immer häufiger überlesene und multikulturell immer radikaler infrage gestellte Prämisse. Dem soll und muss widersprochen werden.



EAK Thüringen auch im Internet:
www.eak-thueringen.de